

Berlin, 05. Juni 2016

Parteikonvent Berlin am 05. Juni 2016

Beschluss

Für eine zukunftsfähige Industriepolitik

Deutschland hat eine starke Industrie. Unser Land ist ein attraktiver Standort mit hervorragenden Perspektiven. Diese Stärken müssen gepflegt und Tag für Tag neu erarbeitet werden. Wir sind Industrieland - das unterscheidet uns von vielen anderen Staaten. Deutschland hat als eines von wenigen Ländern noch vollständige, geschlossene industrielle Wertschöpfungsketten. Sie sind die Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft.

Die deutsche Wirtschaft steht vor grundlegenden Herausforderungen, die auch die Industrie verändern werden: Globalisierung, demografischer Wandel, digitaler Wandel, Energiewende und wachsende Mobilität. Um diese Aufgaben zu meistern, brauchen wir eine moderne, auf die Zukunft ausgerichtete Industriepolitik, die Forschung und Entwicklung mit der Produktion zu starken Wertschöpfungsketten verknüpft und die anerkennt, dass der wirtschaftliche Erfolg der deutschen Volkswirtschaft im globalisierten Wettbewerb auf dem industriellen Wirtschaftszweig aufbaut. Antworten für die Zukunft finden wir nur mit ihr. Die Industrie ist Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich zur Industrie und ihrer Bedeutung für unser Land.

Trotz dieser Erfolge steht auch Deutschland vor der Aufgabe einer Neuausrichtung seiner industriellen Struktur. Wir brauchen sozialdemokratische Antworten auf nationale, europäische und globale Trends. Wir wollen Wachstum, Vollbeschäftigung und Wohlstand in allen Regionen. Wir entwickeln einen „Modernisierungspakt“ auf den zentralen Politikfeldern Digitalisierung, Energie, Infrastruktur, Fachkräfte und Internationalisierung. Nur so kann Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken und ein wirtschaftlich erfolgreiches Industrieland bleiben.

Wir müssen Digitalwirtschaft, Wissenschaft, Startups, klassische Industrie, Handwerk, Handel, Banken und Investoren zusammenbringen. Die klassische Industrie und der Mittelstand müssen sich für die digitale Zukunft rüsten, um wettbewerbsfähig zu sein. Das wird gelingen, wenn sich Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemeinsam mit der Politik diesen Aufgaben stellen und sie gemeinsam angehen.

Wir brauchen ausländische Investoren, Unternehmer und Fachkräfte. Gerade jetzt, wo Europa und insbesondere Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen im Brennpunkt stehen, ist es wichtig zu zeigen: Deutschland ist ein gastfreundliches und offenes Land. Wir wollen, dass Unternehmen und Menschen aus unterschiedlichen Kulturen spüren: Sie sind bei uns willkommen.

Zur Bewältigung dieser Integrationsaufgabe ist eine große Anstrengung nötig, die uns noch viele Jahre beanspruchen wird. Hier können Bund und Länder viel leisten. Auch die Wirtschaft ist gefragt und schon aktiv geworden. Die aktuelle Situation ist Herausforderung wie Chance zugleich, denn Erwerbsarbeit zu sichern und neue zu schaffen, ist zugleich der Königsweg für Integration.

1. Fit für die Leitmärkte der Zukunft

Von der Innovationsfähigkeit der Industrie hängt ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ab. Die zentralen Aufgaben der Zukunft wie der digitale Wandel, die Energiewende oder neue Mobilität sind Treiber der Nachfrage nach innovativen Produkten und Dienstleistungen und fördern das wirtschaftliche Wachstum. Deshalb wollen wir Deutschland als Produktions- und Innovationsstandort weiter stärken. Zu einer zukunftsweisenden Industriepolitik gehören technologieoffene Rahmenbedingungen, die den Unternehmen Anreiz bieten, in Forschung und Entwicklung, Technologie, Produkte, Verfahren, Dienstleistungen sowie Aus- und Weiterbildung zu investieren. Wir wollen industrielle Forschung und Entwicklung, den Wissens- und Technologietransfer und branchenübergreifende Innovationen unterstützen. Kooperationen von Wissenschaft und der kreativen Köpfe mit der Wirtschaft können Impulse für Innovationen setzen.

Wir unterstützen die Regionen, sich besser zu profilieren. Die Innovationsförderung schlägt sich in Leitmärkten nieder, auf die sich Wirtschaftspolitik konzentriert. Im Mittelpunkt der Leitmärkte stehen die Branchen, die Deutschland groß und erfolgreich gemacht haben. Zu ihnen gehören der Maschinenbau, die Chemische Industrie, die Eisen- und Stahlindustrie, die Metallverarbeitende Industrie, die Elektrotechnik, der Fahrzeugbau und die Energiewirtschaft. Hinzu kommen wichtige Wirtschaftsbereiche aus dem Dienstleistungssektor wie die Informations- und Medienwirtschaft, die Logistik, die Kreativwirtschaft, die Gesundheitswirtschaft und die Umweltwirtschaft.

Weltweit steigen die Bemühungen zum Klimaschutz sowie zur Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz. Die damit verbundene Nachfrage betrifft insbesondere die weltweit wachsenden Leitmärkte Maschinen- und Anlagenbau, neue Werkstoffe, Mobilität und Logistik, Informations- und Kommunikationswirtschaft, Energie- und Umweltwirtschaft, Medien- und Kreativwirtschaft, Gesundheit und Life-Science.

Mit Markteinführungsprogrammen sollte der Staat als Pionier im Bereich der Leitmärkte die Möglichkeit nutzen, hier neue Märkte zu schaffen oder alte in Bewegung zu setzen. Marktanreizprogramme stoßen die Konkurrenz um technologische Lösungen an und tragen Innovationen in den Wettbewerb. Markteinführungsprogramme fördern

die Nachfrage und die Produktentwicklung, sie begünstigen Skaleneffekte, die Produkte können günstiger angeboten werden. So wird auch die Verbreitung gefördert.

Um bewusste Modernisierungs- und Innovationsimpulse auch auf der Nachfrageseite zu setzen, sollten Verbraucherinnen und Verbraucher über vollständige Produktinformationen verfügen. Kennzeichnungen und Labels, Angaben über Lebenszykluseigenschaften eines Produktes schaffen Markttransparenz und helfen TOP-Runner in der jeweiligen Produktgruppe zu identifizieren, die über die Preisinformation weit hinausgehen. Dies ordnungspolitisch zu gewährleisten, schafft zugleich eine innovationstreibende Nachfrage.

2. Digitaler Aufbruch

Die Digitalisierung ist die ökonomische Aufgabe unserer Zeit. Unsere Welt befindet sich in einem fundamentalen Umbruch. Die fortschreitende Digitalisierung revolutioniert die industrielle Produktion, schafft neue Wertschöpfungsketten und neue Geschäftsmodelle in Dienstleistung und Handel. Die digitale Transformation ist für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands von herausragender Bedeutung.

Der digitale Wandel verlangt aber Umdenken und neues Handeln. Er ist die Bedeutung wie der Beginn der Industrialisierung oder die Erfindung der Buchdruckkunst. Mehr und mehr bestimmen die Digitalisierung der Wirtschaft und die vierte industrielle Revolution unsere Arbeit und unseren Alltag. Stichworte sind Industrie 4.0, Cybersicherheit, E-Commerce und Breitband. Getrieben durch das Internet, wachsen reale und virtuelle Welt immer weiter zu einem Internet der Dinge zusammen. Das ist eine höchst komplexe Aufgabe für Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Nur gemeinsam kann sie bewältigt werden.

Industrie 4.0 steht für die Weiterentwicklung der Produktions- und Wertschöpfungsketten der realen und der digitalen Welt. Die digitale Transformation ist zentraler Treiber unserer Wirtschaft und bietet vielfältige Chancen. Wir müssen die Unternehmen – vor allem kleine und mittlere – für die Digitalisierung sensibilisieren und über Möglichkeiten, Anforderungen und Probleme informieren. Ihnen ist auf breiter Front der Zugang zum Know-how zu ermöglichen. Durch die Verknüpfung unserer starken industriellen Basis mit den Ideen junger, kreativer Startups der Informations- und Kommunikationswirtschaft entsteht eine große Innovationskraft – und damit die Chance, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Grundlage für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Digitalisierung ist ein leistungsfähiges Breitbandnetz – auch in Randregionen.

3. Energiepolitik als Fundament einer zukunftsfähigen Industriepolitik

Der Umbau unseres Energiesystems ist ein wesentlicher Bestandteil moderner Industriepolitik. Eine verlässliche, umweltgerechte und nachhaltige Energiepolitik, die Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen garantiert, ist ein wesentlicher Standortfaktor. Richtschnur bleibt das energiepolitische Dreieck mit den drei gleich langen Seiten: Sicher, bezahlbar, umweltfreundlich. Stromkostenintensitäten, d. h. das

Verhältnis der Stromkosten zur Bruttowertschöpfung, von 16% - teilweise gar mehr als 40% - lassen sofort erkennen, welchen Einfluss die Energiekosten und Versorgungssicherheit am Standort Deutschland auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit ausüben.

Neben den Erneuerbaren Energien sind besonders der Ausbau der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Versorgungssicherheit und -qualität auf dem heutigen hohen Niveau Standortvorteile. Wir stehen für ein neues Marktdesign ein, das eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Stromversorgung sicherstellt.

Daher begrüßen wir die eindeutige Entscheidung des Bundeswirtschaftsministers für einen Strommarkt 2.0, der durch eine Kapazitätsreserve abgesichert wird. Schließlich geht es um eine rechtlich gefestigte Versorgungssicherheit und um einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz.

Die Energiewende ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Die energieintensiven Industrien stellen sich den zentralen Zukunftsaufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft und somit auch dem Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund sollten die neuen Bestimmungen zum Europäischen Emissionshandel Energieeffizienz und Modernisierung anreizen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu gefährden. Es gilt Produkte zu entwickeln, die diesen Weg technisch und wirtschaftlich ebnen.

Die Beratungen zum EU-Emissionsrecht handeln in den kommenden Monaten müssen zum Ziel haben, dass die im internationalen Wettbewerb stehenden Industrieunternehmen nicht unverhältnismäßig belastet werden, um auch weiter auf dem umkämpften Markt bestehen und investieren zu können.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft brauchen wir eine verlässliche Versorgung mit vorhandenen natürlichen Rohstoffen, gleichzeitig entwickelt sich die Industrie weiter zu zirkulären Wirtschaftsformen. Intelligentes Produzieren setzt voraus, dass wir verantwortungsvoll mit den begrenzten Ressourcen umgehen. Wer nachhaltiges Wirtschaftswachstum will, muss deutlich machen, wie Produktion und Konsum in eine Wechselbeziehung gesetzt werden können. Rohstoffe dürfen nicht verschwendet, sondern müssen weiterentwickelt und wieder verwendet werden. Eine Antwort darauf kann das Konzept einer zirkulären Wertschöpfung geben. Diese orientiert sich an einer Verzahnung von Ressourcen, Produktdesign, Produktion und Konsum. Der mit der digitalen Revolution verbundene strukturelle Wandel könnte deshalb generell als Neubeginn der industriellen Produktion gewertet werden.

4. Eine leistungsfähige Infrastruktur sichern

Wirtschaft und Gesellschaft sind auf eine dauerhaft leistungsfähige und zuverlässige Infrastruktur angewiesen. Eine moderne Industrie braucht moderne Energienetze, Verkehrs- und Kommunikationswege. Sonst sind Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung nicht möglich.

Zukunftsinvestitionen sind zwingende Voraussetzungen für technologische Innovationen, wirtschaftliche Dynamik und gesellschaftlichen Fortschritt. Intakte Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte und innovative Forschungseinrichtungen sind neben einem verlässlichen Rechtsstaat und einer effektiven öffentlichen Verwaltung auch wesentliche Voraussetzungen für ausländische Direktinvestitionen.

Deutschland braucht ein intelligentes Energienetz, das auf mehr und mehr erneuerbare Energien ausgelegt ist. Dafür ist eine veränderte Transportinfrastruktur nötig. Modernisierung und Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze sind eine der vorrangigen Aufgaben der nächsten Jahre. Angesichts des digitalen Wandels ist ein leistungsfähiges und flächendeckendes Breitbandnetz eine Grundvoraussetzung.

Dem Erhalt und Neubau und der Modernisierung von Straßen, Brücken, Schienen oder Wasserstraßen stehen gegenwärtig vor allem Finanzierungsengpässe im Wege. Dieses Problem kann nur im Schulterschluss zwischen Politik, Wirtschaft und Verwaltung gelöst werden.

Infrastrukturvorhaben dürfen nicht an der Schuldenbremse scheitern. Damit sie auch nach 2020 möglich sind, muss eine Möglichkeit gefunden werden, Investitionen auf mehrere Haushaltsjahre zu verteilen – ohne die Schuldenbremse auszuhebeln. Es muss auch in öffentlichen Haushalten möglich sein, die Lasten auf die Nutzungsdauer der Investitionen zu verteilen. Die Nutzung privaten Kapitals muss vorurteilsfrei geprüft werden, wenn sie hilft, die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben interessenfrei zu sichern und dauerhaft zu unterstützen.

Letztlich wird es aber vor allem darauf ankommen, alle staatlichen Ebenen, insbesondere die Kommunen, in die Lage zu versetzen, die erforderlichen öffentlichen Investitionen in Infrastruktur vornehmen zu können – auch in konjunkturell schwierigen Zeiten. Öffentlich klammen Kassen steht dabei ein immer weiter steigender privater Reichtum der oberen zehn Prozent gegenüber. Gleichzeitig wird das Gros der staatlichen Einnahmen von den Mittelschichten generiert. Wir plädieren daher für eine Steuerreform, die die Benachteiligung von mittleren Einkommen im Vergleich zu hohem Vermögen beseitigt, stärkere Anreize in Hinblick auf private Investitionen setzt und allen staatlichen Ebenen die notwendige Einnahmebasis für Zukunftsinvestitionen sichert.

5. Den Wandel der Arbeitswelt gestalten - humane Arbeitswelt im digitalen Jahrhundert

Kreativität, Erfindergeist, Problemlösungskompetenz und Kooperationswille der Menschen sind die Grundlagen für soziale und technologische Innovationen. Wirtschaftlicher Erfolg entsteht aus dem Fachwissen, den sozialen Kompetenzen und der Kreativität gut ausgebildeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ohne sie gibt es keine Innovationen, keine wirtschaftliche Dynamik und keinen Fortschritt. Es liegt im ureigenen Interesse der Unternehmen, eine humane digitale Arbeitswelt gemeinsam mit ihren Beschäftigten und den Gewerkschaften zu gestalten. Nur so werden die Unter-

nehmen trotz des demografischen Wandels dauerhaft ausreichend motivierte Fachkräfte mit ihrem Know-how (er)halten und neu gewinnen können.

Im Zeitalter der Digitalisierung bietet betriebliche Mitbestimmung enorme Chancen, das im Unternehmen vorhandene Wissen und Können der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu heben. Der Einsatz neuer Technologien erlaubt umfassende Transparenz und Information, senkt gleichzeitig Transaktionskosten in demokratischen Beteiligungsverfahren.

Unternehmen mit Mitbestimmung sind nicht nur häufig die attraktiveren Arbeitgeber. Die Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise nach 2008 lehren auch: Mitbestimmung und Gewerkschaften helfen, in schwierigen Situationen gemeinsame Lösungen zu finden.

Wir werden die Tradition der guten Sozialpartnerschaft in Deutschland unterstützen und setzen uns für eine moderne Arbeitsversicherung ein, die die Flexibilität und Dynamik einer neuen Arbeitswelt und den Mut zur beruflichen Weiterentwicklung (als Gründer, in einem neuen Beruf, mit neuen Technologien am bisherigen Arbeitsplatz) durch neue Sicherheit schützt und stärkt. Wir wollen gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Bundesregierung konkrete Vorschläge für die Konzeption und die Einführung einer modernen Arbeitsversicherung erarbeiten.

Industrieprozesse basieren zunehmend auf Wissen. Deshalb müssen wir das Potenzial an hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sichern und in einer Bildungs- und Qualifikations-Offensive weiterentwickeln. Um den Fachkräftebedarf zu decken, ist eine differenzierte und vorausschauende Politik nötig. Politik und Unternehmen sind in gleichem Maße gefordert, den Arbeitsmarkt der Zukunft zu gestalten.

Die Arbeitswelt ändert sich schnell, gerade durch die Digitalisierung. Dies verlangt ein lebenslanges Lernen. Gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften muss die Zahl der Ausbildungsplätze stabilisiert werden. Um Angebot und Nachfrage einander anzugleichen, sind branchen- und regionalspezifische Fonds zur Finanzierung von betrieblichen Ausbildungsplätzen notwendig. Wir müssen die Angebote des berufs begleitenden Lernens fördern. Die Kosten der Weiterbildungsmaßnahmen müssen durch erhöhte Eingliederungstitel im SGB III und perspektivisch durch eine Arbeitsversicherung übernommen werden.

Qualifizierte Fachkräfte sind der Schlüssel, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Deshalb müssen konsequent mehr Menschen mit beruflichen Qualifikationen für ein Studium gewonnen werden. Dazu muss das Bildungssystem zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung durchlässiger werden. Um die duale Ausbildung auf Höhe der Zeit zu halten, müssen wir die industrie-typischen Berufsbilder und die Ausbildungsinhalte gemeinsam mit den Unternehmen und Gewerkschaften auf ihre Aktualität zu überprüfen, um sie frühzeitig anpassen zu können. Die Industrie ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen, insbesondere aus den MINT-Fächern (Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik, Technik).

Unser Land kann attraktiver werden, wenn das vorhandene Qualifikations- und Kreativpotenzial von Frauen umfassender genutzt wird. Wir wollen deshalb Frauen noch stärker unterstützen. Dazu gehört, Frauen wieder oder erstmals in einen Beruf zu bringen. Wir sind aber auch auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen, um die Arbeitskräftelücke zu schließen. Deutschland muss als attraktives Land mit beruflichen Perspektiven für Fachkräfte beiderlei Geschlechts wahrgenommen werden.

Wir fordern mehr zeitliche Flexibilität für die Planung und Gestaltung unterschiedlicher Lebensphasen. Wir unterstützen das Konzept der Familienarbeitszeit, um diese Flexibilität zu schaffen und rechtlich abzusichern. Wir investieren in Kindergärten und Ganztagschulen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie den beruflichen Aufstieg junger Eltern, insbesondere junger Frauen, zu erleichtern. Wir unterstützen daher Arbeitsmarkt- und Steuerreformen, um bestehende Nachteile für Familien und insbesondere für Frauen zu beseitigen. Dazu zählen ein Entgeltgleichheitsgesetz sowie die gesetzliche Familien-Zeit zur Pflege von Angehörigen auf Bundesebene.

Wir heißen die Menschen willkommen, die vor Krieg und Not in unser Land geflohen sind, und werden ihnen eine neue Heimat bieten. Wir wollen ihnen die Chance geben, sich in unsere Gesellschaft einzufügen - mit ihren Qualifikationen und ihrem Willen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Deshalb wollen wir bestehende rechtliche Hürden überprüfen, um eine schnellere und individuelle Integration in den Arbeitsmarkt oder in Schule, Ausbildung und Studium zu ermöglichen.

6. Europäische Industriepolitik stärken

Die Europäische Union (EU) sieht in einer starken industriellen Basis einen wesentlichen Baustein für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Sie setzt auf Industrie, um die Kernziele der Europa-2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen. Die EU unterstützt einen breiten horizontalen und kohärenten Ansatz für eine moderne Industriepolitik in Europa. Sie fordert die Mitgliedstaaten auf, Fragen der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in alle Politikbereiche einzubeziehen.

Wir brauchen eine integrierte Industriepolitik. Sie ist eine Querschnittsaufgabe zugunsten des verarbeitenden Gewerbes - und eine Klammer für Standort- und Wettbewerbspolitik, für Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Umwelt- und Energiepolitik, für Technologie-, Mittelstands-, Europa- und Außenwirtschaftspolitik. Das Ziel sind innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Wir müssen diese Politikfelder gemeinsam denken. Nur so bleibt unsere Industrie zukunftsfest.

Wir wollen Industriepolitik stärker national koordinieren – unabhängig davon brauchen wir eine abgestimmte Industriepolitik in Europa. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in einem integrierten, branchenübergreifenden Ansatz, der durch horizontale und sektorale Initiativen und Maßnahmen europäisch, national und regional unterstützt wird. Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, Industriepolitik wieder ins Zentrum europäischer Politik zu rücken.

Wir brauchen den digitalen Binnenmarkt. Wenn wir Geschäftsmodelle und Produktionsketten über die Grenzen aufbauen, brauchen wir einheitliche rechtliche Grundlagen. Erst mit einem europäischen digitalen Binnenmarkt können wir dank der Marktmacht von 500 Millionen Verbrauchern unsere Standards gegenüber anderen Weltregionen behaupten und entwickeln.

Dazu gehört, dass wir stärker für die IT-Sicherheit sensibilisieren. Über ein einheitliches europäisches Datenschutzrecht können wir Software- und Systemlösungen entwickeln

Akzeptanz für Industrie

Infrastruktur, Produkte und Technologien der Industrie sind auf Akzeptanz der Menschen angewiesen. Fabriken, Windräder, Überlandleitungen, Kavernen, Straßen oder Schienen stoßen jedoch immer wieder auf Ablehnung. Doch eine moderne Industrie muss ihren festen Platz in unserer Gesellschaft haben – im Bild unserer Landschaft und unseren Städte. Und in den Köpfen der Menschen.

Obwohl rauchende Schloten schon seit Jahrzehnten immer seltener die Wirklichkeit der Industrie widerspiegeln, hat sich das Bild in die Köpfe vieler Menschen eingepreßt. Tatsächlich findet Industrieproduktion oft in großen, nicht mehr einsehbaren Hallen statt. Damit ist auch ihr Platz in der Mitte der Gesellschaft immer weniger sichtbar.

Akzeptanz erwächst jedoch aus dem Wissen um die Dinge und aus dem Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit des Handelns. Deshalb bleibt es eine dauernde Aufgabe, in der Gesellschaft für Industrie zu werben. Es muss uns gelingen, Notwendigkeit und Nutzen einer guten Infrastruktur wesentlich stärker als bisher ins Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Wir brauchen eine Allianz für zukunftsfähige Infrastruktur. Ziel ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens für eine positive Grundhaltung gegenüber Infrastruktur jeder Art. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine Dialogkultur, die auf Transparenz bei Einführung neuer Innovationen aufbaut und durch eine ehrliche Technik-Folgenabschätzung überzeugt.

Wir wollen technologische Innovationen für gute Arbeitsplätze, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Maßstab nutzen. Deshalb müssen wir die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken.